

Gastkommentar

von Daniela Knieling

Die Europäische Woche der Abfallvermeidung (www.ewwr.eu/deu) geht zu Ende. Und sie war bitter notwendig. Unser Wirtschaftssystem steuert auf einen globalen Temperaturanstieg von 3 bis 6 Grad zu. Wenn wir weitermachen wie bisher, werden wir im Jahr 2030 rund 65 Milliarden Tonnen an Treibhausgasemissionen emittieren. Diese Zahl nennt zumindest der „Circularity Gap Report 2021“.

Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir die industrielle Produktion vom linearen System der Wertschöpfungskette in ein zirkuläres System der Kreislaufwirtschaft umwandeln. Nur so können wir bis 2030 die Ziele des Pariser Abkommens erreichen.

Die Kreislaufwirtschaft zeichnet das Bild einer neuen, regenerativen Wirtschaft, die den nachhaltigen zirkulären Umgang mit Ressourcen in den Mittelpunkt rückt. Sie verspricht gleichzeitig auch eine systemische Transformation unserer Gesellschaft, die Abfall und Umweltverschmutzung plant, Produkte und Materialien in Gebrauch hält und die natürlichen Systeme regeneriert.

Österreich hat im Sommer 2015 den ersten Schritt zur Umsetzung der Agenda 2030 gesetzt. Diese definiert die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung über die „Sustainable Development Goals“ (SDG) der Vereinten Nationen. Zum Thema Abfallwirtschaft führt SDG 12 aus, wie es gelingen kann, weltweit nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherzustellen.

Auch der Europäische Rat hat im Dezember 2020 mit dem „Green Deal“ den Treibhausgasemissionen den Kampf angesagt. Von der im Juni vom EU-Parlament beschlossenen Taxonomieverordnung erwarte ich mir, dass sie eine neue Dynamik in die Umsetzung der SDGs bringen wird. Sie schreibt sechs Umweltziele fest, darunter neben Klimaschutz und Anpassungen an den Klimawandel den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft.

Von der Taxonomie betroffen sind jetzt neben Finanzmarktteil-



Recycling wird immer wichtiger.

Foto: getty / Halfpoint Images

In Kreisläufen denken, trennen und sammeln

Besiedeln wir künftig Plastikinseln im Ozean oder nehmen wir die Herausforderung zu nachhaltigem Konsumieren und Produzieren an?

nehmern, die Finanzprodukte in der EU anbieten, auch Unternehmen, die gesetzlich dazu verpflichtet sind, einen Nachhaltigkeitsbericht abzugeben. Andere Unternehmen, wie zum Beispiel kleine und mittlere Unternehmen, können dies auch freiwillig veröffentlichen. Wir bei respACT gehen davon aus, dass im Zuge der Vergabe von Finanzprodukten an Unternehmen künftig auch deren Nachhaltigkeitsstrategie überprüft werden wird.

Finanzmarkt als starker Hebel für Nachhaltigkeit

Das wird einen Paradigmenwechsel anstoßen, denn jetzt sind nicht mehr alleine die Konsumentinnen und Konsumenten gefordert, ihre Kaufentscheidungen nach nachhaltigen Kriterien zu treffen. Als starker Hebel soll der Finanz-

markt Investitionen in nachhaltige Produkte und Prozesse lenken. Für Produktionsbetriebe wird gleichzeitig eine stärkere Vernetzung mit der Abfallwirtschaft unerlässlich, um CO₂ und wertvolle Ressourcen einzusparen. Unternehmen werden künftig Anfang und Ende ihrer Wertschöpfungskette in einem Kreislauf entweder selbst verknüpfen oder Partnerschaften eingehen müssen. Dafür stellen respACT und das Circular Economy Forum Austria ihre Netzwerke zur Verfügung.

Nachhaltige Wirtschaftskreisläufe kommen auch gut an. Bei einer Umfrage von Aconsult und Greenpeace im Februar 2019 wünschten sich 78 Prozent der Befragten Mehrweg in den Supermarktregalen, 91 Prozent bewerteten Glas-Mehrweg „sehr“ beziehungsweise „eher umweltfreund-

lich“. Ein Unternehmen, das sich seit Jahren konsequent bei den Themen Recycling und Umwelt engagiert, ist Vöslauer. Der heimische Getränkehersteller ist als Unternehmen und mit seinen Produkten CO₂-neutral (verglichen mit 2005 wurden 50 Prozent der CO₂-Emissionen reduziert und 50 Prozent kompensiert). Im Jahr 2003 erfolgte die Einführung der PET-Zweiweg-Pfandflasche, und seit 2020 besteht das gesamte PET-Sortiment aus 100 Prozent rePET. Für Anfang 2022 ist auch die Einführung einer PET-Mehrwegflasche geplant.

Für den respACT Vize-Präsidenten und Vöslauer-Geschäftsführer Herbert Schlossnikl ist der Recycling-Prozess technisch und technologisch bereits gelöst. Recycling ist seiner Einschätzung nach in mehrererlei Hinsicht sinn-

voll: Das Material bleibt im Kreislauf, das schont Ressourcen, und es ist gut fürs Klima. Der CO₂-Abdruck ist bei rePET auch um ein vielfaches geringer als bei der Herstellung von Neuware. Von unseren Mitgliedsunternehmen wissen wir: Damit Kreislaufwirtschaft gut funktioniert, müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher trennen und sammeln.

Nur drei von vier Flaschen zurück im Kreislauf

Aktuell gehen in Österreich nur drei von vier Flaschen wieder in den Kreislauf zurück. Mit der Einführung des Pfandsystems, auf das sich die Bundesregierung im Oktober geeinigt hat, ist ab Jänner 2025 eine steigende Sammelquote zu erwarten und eine Recycling-Rate von mehr als 90 Prozent zu erhoffen. Damit würden auch weniger Flaschen im Müll landen. Vöslauer ist aber nur ein Unternehmen aus unserem respACT Netzwerk, das sich aktiv um regenerative Wirtschaftskreisläufe bemüht. So bietet etwa die Hightech-Ökodruckerei Gugler Druck-Sinn seit 2011 Cradle to Cradle zertifizierte Produkte an und ist damit weltweit die Nummer eins. Und unsere Mitglieder aus dem Bereich Abfallwirtschaft, Altstoff Recycling Austria AG (ARA) oder Austria Glas Recycling, organisieren die umweltgerechte Sammlung und Verwertung von Glasverpackungen oder PET2PET und stellen einen nachhaltigen Bottle-to-Bottle-Kreislauf sicher.

Als Österreichs führende Unternehmensplattform für verantwortungsvolles Wirtschaften aktivieren wir wichtige Akteure, informieren, vernetzen und treiben Corporate Social Responsibility in Österreich voran. ■

Zur Autorin

Daniela Knieling ist Geschäftsführerin des Verbands respACT (Austrian Business Council for Sustainable Development), Österreichs führender Plattform für Corporate Social Responsibility und Nachhaltige Entwicklung, sowie Network Representative von Global Compact Network Austria.

Pressestimmen zur neuen deutschen Regierung

„Deutschland bleibt auch unter der künftigen Regierung berechenbar im westlichen Bündnisystem verankert. Insgesamt trägt der von SPD, Grünen und FDP vereinbarte Koalitionsvertrag einer Welt der multipolaren Rivalität und Unübersichtlichkeit Rechnung. So soll die EU ertüchtigt werden. (...) Die Koalition will, dass Europa künftig in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme spricht. (...) Die Widerstände dagegen sind innereuropäisch indes groß. Berlin kann den dafür nötigen EU-Konsens nur fordern, nicht verfügen.“

„*Neue Zürcher Zeitung*“

„Jedes Mal, wenn Polens Regierung einen Streit mit Brüssel anfing, hat Deutschland die Situation gerettet. Mit der neuen deutschen Regierung wird das nicht mehr so sein. Der Koalitionsvertrag der SPD mit den Grünen und der FDP bedeutet eine tiefe Wende in der Art, wie Deutschland über die EU denkt. Zumindest über ihren östlichen

Teil. Die Priorität von Kanzlerin Angela Merkel war es, die mittelosteuropäischen Länder, und vor allem Polen, in der Staatengemeinschaft zu halten. Denn dank dieser Tatsache ist Deutschland kein Frontstaat des Westens, sondern es kann ein ökonomisches Hinterzimmer jenseits der Oder nutzen und dabei in gewissem Maße auch Wiedergutmachung für die Folgen des Zweiten Weltkriegs leisten. Die Regierung von Olaf Scholz jedoch setzt auf etwas anderes: Die Bewahrung der Identität der EU als Bund von demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern – sogar, wenn dies den Verlust einiger Mitgliedsländer bedeutet. Die deutschen Koalitionspartner verpflichten sich zu Druck auf die EU-Kommission, damit diese mit größerer Bestimmtheit Mittel anwendet, um Polen und Ungarn zu zwingen, diese Werte zu respektieren. Das alles bedeutet, dass das Spiel, das Polens Regierung seit sechs Jahren mit Brüssel spielt, immer gefährlicher wird.“

„*Rzeczpospolita*“ (Warschau)

„Unter der neuen Regierung soll Deutschland proeuropäischer werden und dabei das gute Verhältnis zu den USA aufrecht erhalten. Dagegen soll Schluss sein mit dem Ermäßigungstarif für Länder, die gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Die Prioritäten in der deutschen Außenpolitik werden Polen und Ungarn mit Sicherheit nicht gefallen. Und das nicht nur deshalb, weil die Koalition in ihren 178 Seiten dicken Vertrag hineingeschrieben hat, dass der Druck auf die EU-Kommission erhöht wird, damit diese ‚schnell und konsequent‘ die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzt, um die Mitgliedsländer zu Beachtung der Rechtsstaatlichkeit zu zwingen.“

„*Gazeta Wyborcza*“ (Warschau)

„Dies ist eine gute Nachricht sowohl für Deutschland als auch für die Europäische Union. Das Streben nach einem integrativeren Projekt gehört zu den obersten Prioritäten des Abkommens, in dem bezeichnenderweise das Wort

‚Europa‘ 254 Mal erwähnt wird – wesentlich öfter als das Wort ‚Deutschland‘. (...) Der soziale Aspekt stellt einen wichtigen Unterschied zur vorherigen konservativen Regierung dar: Zu den vereinbarten Maßnahmen gehören eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns und die Errichtung von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon rund 100.000 Sozialwohnungen. Das deutsche Koalitionsabkommen sendet in einer Zeit, in der die antieuropäische extreme Rechte versucht, aus der durch die Krise entstandenen Unzufriedenheit Kapital zu schlagen und eine rückwärtsgewandte Sicht der EU-Werte durchzusetzen, eine klare Botschaft an Europa über die Notwendigkeit, wirksam zu handeln.“

„*El País*“ (Madrid)

„Die neue, als Ampel-Koalition bezeichnete deutsche Regierung wird die Kontinuität mit der jüngsten Vergangenheit wahren, insbesondere in der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik. Problematischer ist, dass der

neue Finanzminister von der FDP, Christian Lindner, nun in der Position ist, die gewohnte finanzpolitische Orthodoxie und Schuldenvermeidung Deutschlands angesichts des künftigen Ausgabendrucks durch die anderen Koalitionsparteien sowie auf der Haushaltsbühne der Europäischen Union aufrechtzuerhalten. (...) Alte Parteibindungen lösen sich in ganz Europa auf, nicht nur in Deutschland, sodass diese Koalition als mögliches Beispiel für die Zukunft gesehen werden sollte. Wie immer sind aber auch die besten Pläne anfällig für unmittelbare Ereignisse. Die Covid-Raten in Deutschland erreichen diesen Monat ein Rekordniveau, und in einigen deutschen Bundesländern stehen nun umstrittene Lockdowns und die Debatte über eine Impfpflicht auf der Tagesordnung. Der künftige deutsche Kanzler Olaf Scholz und seine Regierung werden nicht lange den Luxus der Flitterwochen genießen können.“

„*Guardian*“ (London)